

Andreas, Verena:

Stadtentwicklungsfonds als Instrumente der unternehmerischen Stadt?

urn:nbn:de:0156-4219032



CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

S. 38 bis 59

Aus:

Nischwitz, Guido; Andreas, Verena (Hrsg.):

Stadtentwicklungsfonds. Ein neues Instrument zur Unterstützung nachhaltiger Stadtentwicklung?

Hannover 2019

Arbeitsberichte der ARL 26

Verena Andreas

STADTENTWICKLUNGSFONDS ALS INSTRUMENTE DER UNTERNEHMERISCHEN STADT?

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Wirkungen und Einflüsse von Stadtentwicklungsfonds
- 3 Die unternehmerische Stadt und die Neoliberalisierung von Stadtpolitik
- 3.1 Die unternehmerische Stadt und ihre Charakteristika
- 3.2 Ausprägungen einer Neoliberalisierung von Stadtpolitik
- 4 Analyse des Instruments Stadtentwicklungsfonds
- 4.1 Bedeutungsgewinne von Wettbewerb und Marktmechanismen
- 4.2 Partnerschaften: Neue institutionalisierte Verbindungen in der Urban Governance
- 4.3 Risiko: Öffentliche Spekulation zulasten der öffentlichen Hand
- 4.4 Place-Fokus: Projektförderung zur Wirtschaftsförderung der Stadt und Region
- 4.5 Beschleuniger von unternehmerischen Stadtentwicklungsstrategien
- 5 Schlussfolgerungen: Stadtentwicklungsfonds als Instrument der unternehmerischen Stadt

Literatur

Kurzfassung

Dieser Beitrag ordnet das EU-Finanzierungsinstrument Stadtentwicklungsfonds in seinen politischen und planungstheoretischen Hintergrund ein, um Schlüsse zur potenziellen Wirkung dieses neuen Instruments zu ziehen, die über die rein operationelle Ebene hinausgehen. Auf Basis einer Betrachtung des aktuellen Forschungsstandes zu Wirkungen von Stadtentwicklungsfonds auf die Stadtentwicklung wird gezeigt, dass mit der Einführung von Stadtentwicklungsfonds Elemente einer unternehmerischen, neoliberalen Stadtpolitik implementiert werden. Die sogenannte „unternehmerische Stadt“ und eine damit verbundene Neoliberalisierung von Stadtpolitik weisen bestimmte zentrale Charakteristika auf, wie z.B. eine verstärkte Orientierung an Wettbewerbs- und Marktmechanismen oder eine Institutionalisierung neuer Verbindungen in der urbanen Governance. Vor diesem Hintergrund erfolgt eine Diskussion möglicher Folgen dieser Entwicklung.

Schlüsselwörter

Stadtentwicklung – Stadtentwicklungsfonds – EU-Politik – Unternehmerische Stadt – Neoliberalisierung – Governance

Urban Development Funds as instruments of the entrepreneurial city?

Abstract

This paper discusses the political and planning-theoretical background of the new EU funding instrument of urban development funds in order to draw conclusions about the potential impact of this new instrument beyond the purely operational level. Based on an analysis of current research findings on the effects of urban development funds on urban development, it is shown that the introduction of urban development funds will implement elements of entrepreneurial, neoliberal urban policy. The so-called “entrepreneurial city” and the associated neo-liberalisation of urban policy are characterised by certain elements, such as an increased orientation towards competitive market-orientated mechanisms or the institutionalisation of new links in urban governance. Against this background, a discussion of the possible consequences of this development takes place.

Keywords

Urban development – Urban Development Funds – EU policy – governance – entrepreneurial city – neo-liberalisation

1 Einleitung

Treibender Akteur bei der Einführung und Verfestigung des Stadtentwicklungsfonds als neuem Fördermechanismus ist die Europäische Union (EU). Seit der Leipzig Charta (2007) und der Lissabon-Strategie (2000, siehe dazu auch: Giese/Mossig/Schröder 2011: 108) adressiert die EU zunehmend die Ebene der Stadt in ihrer Politik und misst der Stadt eine hohe Bedeutung für die europäische Wirtschaft bei (Europäische Kommission 2014a).

In der Periode 2007 – 2013 begann die EU im Rahmen der JESSICA-Initiative revolviere Finanzinstrumente in ihre Strukturfondförderungen aufzunehmen (vgl. Beitrag Andreas in diesem Band). Mithilfe der Vergabe von Krediten, Eigenkapitalbeteiligungen und Bürgschaften an Projektträger sollte eine Finanzierungslücke für Projekte geschlossen werden, die einen Mehrwert für die Stadtentwicklung liefern und dabei grundsätzlich auch wirtschaftlich rentabel sein könnten, jedoch aufgrund spezifischer Markthemmnisse keine geeignete Finanzierung auf dem freien Kapitalmarkt erzielen konnten. Mit diesen sogenannten Financial-Engineering Instruments (FEIs) sollte eine „nachhaltige Stadtentwicklung“ gefördert werden (EIB 2012; Europäische Kommission o. J.a). Eine nachhaltige Stadt definiert die EU dabei anhand von drei Charakteristika: „ein starkes Wirtschaftswachstum, soziale Inklusivität und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt“ (EIB 2012: 12).

Als weitere zentrale Ziele werden von der EU eine Steigerung der Effizienz im Fördermitteleinsatz sowie eine verstärkte Einbeziehung von privatem Kapital in die Stadtentwicklung angestrebt. Dazu heißt es in der Leipzig-Charta: „Die neuen EU Initiativen JESSICA und JEREMIE bieten vielversprechende Möglichkeiten, um die Wirksamkeit der herkömmlichen nationalen und europäischen Finanzierungsquellen zur Förderung der Stadtentwicklung und kleiner und mittlerer Unternehmen zu verstärken. Diese

Initiativen sollten geeignete Instrumente des Finanz-Engineering nutzen, um privates Kapital für die Umsetzung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten einzubeziehen“ (EU Stadtentwicklungsrat 2007). Die Mitgliedstaaten werden explizit ermutigt, dabei im Bereich Stadtentwicklung auf Finanzinstrumente wie Stadtentwicklungsfonds zurückzugreifen (Europäische Kommission 2014a: 3).

Im Rahmen der von ihr proklamierten „nachhaltigen Stadtentwicklung“ verfolgt die EU durch die Bereitstellung europäischer Finanzmittel in revolvingierenden Stadtentwicklungsfonds vor allem das Ziel, für einen effizienteren Mitteleinsatz der Strukturfondsmittel zu sorgen. Die bisher dominante Zuschussförderung sollte in eine kreditbasierte Förderung mit Rückflüssen übergeleitet werden. Ein nachhaltiger Ansatz der Stadtentwicklung könne so befördert werden, da Projekte im Vorhinein schon auf ihre potenziellen Wirkungen, ihre Wirtschaftlichkeit, ihre Erfolgsaussichten und ihre individuellen Zielerreichungsvoraussetzungen hin untersucht und beurteilt werden müssen (CSI Europe 2012: 5; Fernández Martín 2012: 6; Lee 2016: 2; EIB 2008; o. J.a). Zudem soll durch den Einsatz der Fondsmittel verstärkt privates Kapital für die Stadtentwicklung mobilisiert werden und Partnerschaften mit der Privatwirtschaft sollen eingegangen werden (EIB 2008; o. J.a; Europäische Kommission o. J.a). Die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit erhält im Rahmen der Einführung des Instruments dementsprechend einen hohen Stellenwert.

Um das Instrument nutzen zu können, müssen Kommunen stärker als in den bisherigen Förderlandschaften Stadtentwicklungsprojekte aus ökonomischer Perspektive bewerten und ökonomische Perspektiven stärker in ihre Arbeit einbeziehen (Fernández Martín 2012: 6–7; Lee 2016). Um dieser Anforderung gerecht zu werden, sollen Akteure der Finanzbranche in den Prozess einbezogen werden, die über das notwendige finanzwirtschaftliche Wissen verfügen (EIB o. J.a; Europäische Kommission o. J.a).

Bisher liegen nur wenige analytische Betrachtungen bereits erprobter Fondsstrukturen und noch weniger Forschungen über die Folgen dieser Veränderung der Fördermechanismen in der Stadtentwicklung vor. Die Betrachtung des vorliegenden Materials (z. B. Dąbrowski 2014, 2015; Beyer 2015) und die Analyse der in der ARL-Arbeitsgruppe Stadtentwicklungsfonds betrachteten Fallbeispiele geben jedoch klare Hinweise darauf, dass mit der Einführung von Stadtentwicklungsfonds weitreichende Änderungen in der lokalen Governance-Struktur einhergehen können.

Lokale oder auch urbane Governance soll hier zunächst nach Jakubowski (2007: 22) als „Steuerungs- und Regelungssystem mit formellen und informellen Elementen [...], das staatliche und gesellschaftliche Akteure zusammenführt“ verstanden werden. Dieses System „manifestiert sich im Zusammenspiel zwischen Lokalstaat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft in komplexe(n) Multiakteurskonstellationen“ (Schnur/Drilling 2009: 17 nach Einig/Grabher 2005: II; vgl. auch Selle 1997). Von Bedeutung ist dabei, dass diese neue Steuerungsform „auf Aushandlungsprozessen [beruht], der Ergänzung von finanzieller mit politischer Macht und einem damit verbundenen verstärkten Auftreten von informellen Regelungen und Praktiken, die im Rahmen der Urban-Regime-Forschungen thematisiert werden (z. B. Stone 1989)“ (Koch 2011: 191).

Es ist zu erwarten, dass die Fokussierung auf ökonomische Nachhaltigkeit, die Ausrichtung auf Marktmechanismen und der Einbezug der privaten Investitionsbranche in Kernbereiche der Stadtentwicklung nicht ohne Einfluss auf die Strukturen von städtischer Governance und Planungspraxis bleiben. Um diese Einflüsse zu erörtern, werden in diesem Beitrag die Forschungen zur unternehmerischen Stadt und zu einer Neoliberalisierung von Stadtpolitik (z. B. Harvey 1989; Brenner/Theodore 2002) herangezogen, um das Instrument Stadtentwicklungsfonds und die damit von der EU verfolgten Ziele einzuordnen. Der Beitrag geht in diesem Sinne folgender These nach: Durch die Anwendung von Stadtentwicklungsfonds werden Elemente und Mechanismen neoliberaler Stadtpolitik implementiert.

2 Wirkungen und Einflüsse von Stadtentwicklungsfonds

Zu Stadtentwicklungsfonds gibt es bislang nur wenige Studien, was im Wesentlichen auf die Neuheit dieses Instruments und die bisher seltene Anwendung in der Praxis der Stadtentwicklung zurückzuführen ist. Unter den vorhandenen Arbeiten überwiegen Beiträge, die das Instrument und die Idee von revolvierenden Fonds erklären, sowie Machbarkeitsanalysen und Untersuchungen über Funktionen und Strukturen bei der Implementierung von Fonds (z. B. Kreuz/Nadler 2010; Nadler 2010; Brömer/Meilwes 2014; Bundesministerium für Verkehr 2009; Jakubowski 2007a, 2007b; Michie/Wishlade 2011).

Neben den wissenschaftlichen Arbeiten gibt es Publikationen aus der Praxis von Städten und Regionen, die in der ersten Ausschreibungsperiode Erfahrungen mit JESSICA gesammelt haben. Hier geht es in erster Linie um den Austausch von Wissen. Dabei hat insbesondere das Urbact-II-Netzwerk City Sustainable Investment (vgl. Beitrag Andreas in diesem Band) Publikationen vorgelegt, die umfassende Informationen und Handlungsanleitungen für interessierte Städte und Regionen beinhalten (CSI Europe 2015).

Es liegen jedoch bislang kaum Forschungen darüber vor, welche Wirkungen und Einflüsse von Stadtentwicklungsfonds auf die Stadtentwicklung ausgehen. Auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Instrument und den damit einhergehenden Zielen und Strukturveränderungen fand bislang kaum statt. Angesichts der weitreichenden Folgen für eine nachhaltige, demokratische Stadtentwicklung, die mit Veränderungen der Governance-Strukturen und Zielen der Stadtentwicklung einhergehen können, und angesichts einer durch die EU-Politik bisher erfolgten und möglicherweise fortschreitenden Ausbreitung von FEIs ist eine solche Thematisierung allerdings dringend notwendig.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Umsetzung und Wirkung von Stadtentwicklungsfonds beschränkt sich bislang auf zwei Aufsätze von Dąbrowski (2014, 2015), der auf Basis von zwei Fallstudien in den Regionen Wielkopolska in Polen und Andalusien in Spanien die beiden Fragen thematisiert:

- 1 Schafft es JESSICA, das von der EU verfolgte Ziel „Doing more with less“ zu erreichen, oder handelt es sich vielmehr um eine Reduzierung öffentlicher Leistungen im Bereich Kohäsionspolitik für die Stadtentwicklung? (Dąbrowski 2015)
- 2 Inwiefern werden durch JESSICA neue Governance-Formen konstruiert, bei denen private und finanzwirtschaftliche Akteure in die Stadtentwicklungspolitik involviert werden? (Dąbrowski 2014)

Dąbrowski (2015) kommt auf der Grundlage von Expertengesprächen zu dem Schluss, dass JESSICA-Fonds nicht in der Lage sind, einen größeren Mehrwert für die Stadtentwicklung mit weniger Ressourceneinsatz zu generieren. Unter den gegebenen Bedingungen sei mit JESSICA eher ein „doing less but for less“ zu erreichen (Dąbrowski 2015: 85). Die Studien von Dąbrowski zeigen allerdings deutlich auf, dass durch JESSICA eine Erweiterung der Multi-Level-Governance auf horizontaler Ebene stattfindet. Akteure der Finanzwirtschaft und dabei insbesondere die EIB erhalten Einfluss auf die Entwicklungspolitiken von Regionen und Städten (Dąbrowski 2014: 2009). In beiden untersuchten Regionen wurden durch JESSICA neue Knoten in das lokale Governance-Netzwerk integriert (Dąbrowski 2014: 2011).

Daher bleibe JESSICA trotz der wenig überzeugenden Effizienzsteigerung der Förderungen nicht ohne Wirkung für die Stadtentwicklung. Dąbrowski (2015: 93) kommt zu dem Schluss, dass Stadtentwicklungsfonds potenziell „transformative Instrumente“ seien, die durch ihre mitgebrachten Strukturen die Handlungen von Akteuren beeinflussen. Zum einen beförderten sie einen Wissensaustausch und sorgten im besten Fall für eine Zusammenarbeit mit Synergieeffekten zwischen der öffentlichen Hand und dem privaten Sektor. Auf jeden Fall aber fänden Veränderungen auf der Ebene der lokalen Governance von Stadtentwicklung durch die Einbeziehung privatwirtschaftlicher Akteure und deren Denk- und Handlungsmuster im Hinblick auf die Zielsetzung der wirtschaftlichen Rentabilität statt (Dąbrowski 2014: 2013 f.).

Eine weitere wissenschaftliche Arbeit untersucht die Implementierung der Stadtentwicklungsfonds in Manchester und Den Haag (Beyer 2015). Dabei werden Fragen der Bedeutung der politisch-administrativen Einbettung sowie der wirtschaftlichen Ausgangslage auf die Implementationserfolge untersucht. Die dritte These der Arbeit geht der Frage nach, inwiefern das Verhalten einzelner Akteure innerhalb der Governance-Strukturen die Fähigkeiten des Instruments zur Förderung einer integrierten Stadtentwicklung beeinflusst und inwiefern das Instrument in den gewählten Beispielen diesem Anspruch gerecht wird. Dabei wird einerseits aufgezeigt, welches Know-how aufseiten der Akteure gebraucht wird, und wie dieses Know-how andererseits von den Städten durch neue Abteilungen in der Verwaltung (Manchester) oder Outsourcing an private Fondsmanager (Den Haag) herangezogen wird. Die Arbeit zeigt, dass in beiden Fällen Aufgabe und Umsetzungsmechanismen der öffentlichen Hand durch das Instrument Stadtentwicklungsfonds stark unter dem Aspekt der finanziellen Rentabilität verändert wurden (Beyer 2015: 84).

Auch wenn bislang nur wenige Forschungsarbeiten vorliegen, zeigt sich darin doch deutlich, dass mit JESSICA und der Einführung von Stadtentwicklungsfonds weitreichende Veränderungen im Bereich der lokalen Governance einhergehen können. Bereits 2008 erörterte Susanne Frank (2008: 112 f.) in einem Beitrag den Einfluss der damals neuen europäischen Stadtpolitik im Sinne der Lissabon-Strategie und der Leipzig-Charta anhand des URBAN-Ansatzes. Sie kam dabei zu einem zentralen Befund: Die Schlüsselposition in der europäischen Stadtentwicklungsförderung nehme nicht etwa Wettbewerbsfähigkeit oder Kohäsion ein, sondern vielmehr das Gebiet der Governance.

„Um in den Genuss europäischer Fördergelder zu kommen, müssen die Mitgliedstaaten, Regionen und/oder Städte sog. Operationelle Programme entwickeln und umsetzen, die die jeweiligen europäischen Grundsätze, Leitlinien und Modalitäten berücksichtigen – in Bezug auf die Stadtentwicklung also Programme, die den Vorstellungen der EU von sozial- und/oder wettbewerbsorientierter Stadtentwicklung sowie von effektivem Stadt- oder Quartiersmanagement entsprechen. [...] Damit greift die EU tief in nationale und lokale Politiken, Strukturen, Institutionen und Traditionen ein. Sie verlangt die Umsetzung der von ihr formulierten Normen, d. h. häufig genug einen radikalen Politikwandel, und belohnt dafür mit Geld und dem Zugang zu europäischen Lernprozessen“ (Frank 2008: 112 f.).

Die EU gilt als ein zentraler Akteur bei der Verbreitung von Politiken und Strategien. In den Forschungen zu sog. Policy Transfers (z. B. Dolowitz/Marsh 2000) werden unter anderem einflussreiche internationale Organisationen als Einflussfaktoren für die Verbreitung von Politiken über Staaten hinweg herausgestellt. Insbesondere große Organisationen wie die World Trade Organisation, die Weltbank, der internationale Währungsfonds oder die EU mobilisieren dabei eine Institutionalisierung von Marktliberalität, Wettbewerb und Kommodifizierung, z. B. durch deren Festlegung als Voraussetzung für finanzielle Förderungen (Brenner/Theodore 2002a: 3). Durch den neuen Fokus der EU-Politiken auf die Ebene der Stadt ist demnach zu erwarten, dass auch die zentralen EU-Paradigmen des Binnenmarkts – Wettbewerb, Marktliberalität, Wachstum (Allen/Gasiorek/Smith 1998; Europäische Kommission 2014b) – zunehmend Einfluss auf die Stadtentwicklung ausüben werden.

Der Forschungsstand über die JESSICA-Stadtentwicklungsfonds zeigt deutlich, dass sich auch hier eine von der EU initiierte Veränderung städtischer Governancestrukturen und städtischer Entwicklungsziele ereignen kann. Auch bei Stadtentwicklungsfonds liegt der Gedanke nahe, dass, wie bei Frank herausgestellt, ein Austausch von Geld gegen Einfluss und EU-konforme Strukturen erfolgen könnte. Insbesondere der starke Aspekt der Wirtschaftlichkeit und Renditegenerierung als Ziel von Stadtentwicklungsstrategien in Verbindung mit der verstärkten Involvierung privatwirtschaftlicher Akteure deutet auf die Forcierung einer wettbewerbs- und marktorientierten Stadtentwicklung hin. Dass diese Veränderungen nicht zufällig oder willkürlich erfolgen, sondern „Nebenwirkungen“ eines neoliberal geprägten Instruments sind und daher mit bestimmten Folgen für die „nachhaltige Stadtentwicklung“ verbunden sind, soll im Folgenden diskutiert werden.

3 Die unternehmerische Stadt und die Neoliberalisierung von Stadtpolitik

Die Auseinandersetzung mit Stadtentwicklungsfonds und dem aktuellen Forschungsstand zeigen, dass mit der Einführung von Stadtentwicklungsfonds die Bedeutung von Marktmechanismen und der Aspekt der ökonomischen Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung gestärkt werden soll. Die politische Stadtforschung befasst sich seit Ende der 1980er Jahre im Kontext der unternehmerischen Stadt mit dem Einfluss von ökonomischen Prinzipien auf die Stadtpolitik (siehe z. B. Harvey 1989; Wood 1998; Swyngedouw/Moulaert/Rodriguez 2002; Brenner/Theodore 2002; Peck/Tickell 2002; Peck/Theodore/Brenner 2009; Doucet 2013; Lauermaun 2016). Die Forschungen zeigen, wie bestimmte Politiken, Strategien und Projekte der Stadtentwicklung Teil einer fortschreitenden Neoliberalisierung von Stadtentwicklung sind. Die Grundzüge dieses Forschungsfeldes werden im Folgenden kurz skizziert, um einzuordnen, inwiefern das Instrument Stadtentwicklungsfonds entsprechende Merkmale unternehmerischer Stadtentwicklung umsetzt.

3.1 Die unternehmerische Stadt und ihre Charakteristika

Die Debatte um unternehmerische Stadtentwicklung wurde Ende der 1980er Jahre durch David Harvey (1989) angestoßen und vor allem in den 1990er Jahren in der politischen Stadtforschung geführt. Während das Thema in den 2000er Jahren im deutschsprachigen Forschungsraum vergleichsweise wenig Beachtung erfahren hat, entwickelte sich im englischsprachigen Forschungsraum eine breitere Diskussion um die neoliberale Stadt (hierzu v.a.: Brenner/Theodore 2002).

Mit der unternehmerischen Stadt bzw. „urban entrepreneurialism“ bezeichnet Harvey (1989: 4 f.) eine tiefgreifende Veränderung der Stadtpolitik. Die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung und die Positionierung der Stadt im Wettbewerb um hochmobile Investitionen und Arbeitsplätze stehen dabei im Mittelpunkt der unternehmerischen Stadt (Harvey 1989: 11). Diese Veränderung erfolgt seit den 1970er und 1980er Jahren als Reaktion auf die Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels sowie auf politische Rahmenbedingungen wie Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung (Swyngedouw/Moulaert/Rodriguez 2002: 553). Seitdem entwickelt sich die unternehmerische Stadt zunehmend zu einem Leitbild der Stadtentwicklung.

Brenner und Theodore (2002a: 21) formulieren als zentrales Ziel einer solchen Stadtpolitik, den städtischen Raum als Raum für marktorientiertes Wirtschaftswachstum und elitäre Konsumpraktiken zu mobilisieren. Grundlegende Basis der unternehmerischen Stadtpolitik ist die Annahme eines harten Wettbewerbs zwischen Städten und Regionen. Dieser Wettbewerb, so folgert Harvey (1989), sei so allumfassend, dass er zur externen Kraft geworden sei, die dafür Sorge, dass Städte sich dadurch immer weiter an die Praktiken und Logiken des Kapitalismus anpassen.

Harvey (1989: 8) schreibt der unternehmerischen Stadt drei zentrale Charakteristika zu:

- > Partnerschaften: Öffentlich-Private Partnerschaften bilden den zentralen Umsetzungsmechanismus von Stadtentwicklungsprojekten. Durch die Verbindung von Wirtschaftsakteuren und Managementsystemen mit den Möglichkeiten der öffentlichen Hand sollen externe Investitionen und neue Fördermittelquellen angezogen sowie neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
- > Risiko: Die Entwicklungsprojekte, die von diesen Partnerschaften durchgeführt werden, sind hochspekulativ in Planung und Umsetzung. Das Risiko wird dabei vielfach von der lokalen öffentlichen Hand getragen, während die privaten Partner hauptsächlich vom Gewinn profitieren. Das Risiko und der spekulative Charakter ergeben sich daraus, dass vor dem Beginn der Projekte kaum abschätzbar ist, ob die gewünschten ökonomischen Effekte eintreten werden.
- > Place-Fokus: Die Effekte der Entwicklungsprojekte sind nicht mehr unbedingt direkt an den Ort des Projektes gebunden. Große Entwicklungen, wie beispielsweise Einzelhandels-, Entertainment- oder Bürokomplexe sollen nicht vorrangig die Situationen in ihrem Umfeld verbessern, sondern zur Attraktivität und wirtschaftlichen Stärkung der gesamten Stadt und der Region beitragen.

Harvey (1989) macht außerdem deutlich, dass bei der Veränderung hin zur unternehmerischen Stadtentwicklung ein komplexes und reflexives Zusammenspiel auf verschiedenen Ebenen der Stadt, insbesondere zwischen städtischen Institutionen und dem gebauten Raum, stattfindet. Ferner sei dabei zu berücksichtigen, dass „die Stadt“ als ein einziger handlungsfähiger Akteur nicht existiere, sondern dass es sich um ein komplexes Konstrukt aus Akteuren und Kräften öffentlicher, privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Art handelt, weshalb die Steuerungsprozesse von Stadtentwicklung nunmehr sinnvollerweise als Urban Governance bezeichnet werden.

Hinzu kommt in diesem vielschichtigen Akteurskonstrukt eine Entwicklung aufseiten der Immobilienwirtschaft, die Susanne Heeg (2008: 59-87) als räumliche Entbettung beschreibt. Eine Internationalisierung der Immobilienunternehmen und ein immer stärkerer Einfluss des globalen Finanzmarkts auf den Immobilienmarkt führten zu einer Veränderung der Akteurslandschaft in der Stadtentwicklung und auch zu einem Bedeutungsverlust von lokalen Investoren mit lokaler Expertise und Ortsbindung. Neben einer verstärkten Renditeorientierung führt dieser Prozess auch zu verminderter Risikobereitschaft, neue Konzepte zu erproben, und zu einer Homogenisierung von Immobilienentwicklungen (Scharmski/Korinke 2010: 327-336). Außerdem verbleiben dadurch auch die Gewinne nicht in der Region, sondern werden an andere Standorte transferiert, dort verwaltet und weltweit reinvestiert.

Die von Harvey (1989) beschriebenen Veränderungen seien auch verantwortlich dafür, dass bestimmte Entwicklungsprojekte und Praktiken in ähnlicher Art und Weise in verschiedenen Städten angewendet werden, weil keine Stadt vermeintliche Wettbewerbsnachteile in Kauf nehmen wolle. In den vergangenen drei Jahrzehnten haben

sich zahlreiche Handlungsmuster der Stadtentwicklung entwickelt, die diesem unternehmerischen Ansatz zugeordnet werden können: Stadtmarketingaktivitäten durch Placebranding, Events oder architektonische Flagship-Gebäude, städtebauliche Großprojekte mit immobilienwirtschaftlichem Fokus (property-led development), Business Improvement Districts oder die britischen Urban Development Corporations (Brenner/Theodore 2002a; Lauer mann 2016; MacLeod 2002; Peck/Theodore/Brenner 2009; Doucet 2013; Weber 2002). Diese Handlungsmuster der unternehmerischen Stadt beinhalten dabei die Charakteristika der unternehmerischen Stadt nach Harvey. Die Handlungsmuster oder ihre Umsetzung basieren in der Regel auf einer Form von öffentlich-privater Partnerschaft, beinhalten eine Risikoübernahme der öffentlichen Hand durch öffentliche Mittel und zielen nicht direkt auf die Verbesserung der Lebensbedingungen in einem bestimmten Stadtraum, sondern vielmehr auf übergeordnete Ausstrahlungswirkungen, welche die Außenwirkung und somit die wirtschaftliche Basis der Stadt verbessern sollen.

Mit diesen Projekten und den Mechanismen und Handlungsmustern, die mit ihnen einhergehen, werden tiefgreifende Veränderungen von Stadtpolitik, urbaner Governance und auch von Planung eingeführt. Im Zuge einer Untersuchung von 13 Stadtentwicklungsprojekten konstatieren Swyngedouw, Moulaert und Rodriguez (2002: 567) eine umfassende Restrukturierung von Planung und Strukturen in der Stadtpolitik:

„However, in the process, there has been a drastic reorganization of the planning and urban policy-making structures and a rise of new modes of intervention, planning goals, tools, and institutions“ (Swyngedouw/Moulaert/Rodriguez 2002:567).

Auch die Urban-Policy-Mobility-Forschung als Ableger der Forschungen um Policy Transfers liefert empirische Hinweise darauf, dass die Durchführung der oben aufgeführten Handlungsmuster der Stadtentwicklung mit der Einführung neoliberaler Politiken einhergehen (González 2010; Silomon-Pflug/Stein/Heeg et al. 2013). Daher sprechen Brenner und Theodore (2002) von „neoliberalen Strukturprojekten“ und Swyngedouw, Moulaert und Rodriguez (2002) geben ihrer Studie den Titel „Neoliberal Urbanisation in Europe“.

3.2 Ausprägungen einer Neoliberalisierung von Stadtpolitik

Die Ausführungen zeigen, dass die unternehmerische Stadt oder die unternehmerische Urban Governance in einem Kontext zunehmender Neoliberalisierung von Politik und Gesellschaft auf allen Ebenen, auch auf der Ebene der Stadt steht. Brenner und Theodore (2002a: 6) beschreiben Neoliberalisierung als einen Prozess marktgesteuerter sozialräumlicher Transformation. Peck und Tickell (2002) sprechen dabei auch von einer Neoliberalisierung des Raumes. Von Bedeutung für das Verständnis für diese Neoliberalisierung sind dabei die zwei Phasen neoliberaler Umstrukturierung (Peck/Tickell 2002): die „roll-back“-Phase, in der öffentliche Förderungen und Einflussbereiche verringert werden, und die „roll-out“-Phase mit einer Etablierung neuer Mechanismen und Praktiken nach den Funktionsmustern des Neoliberalismus (Wettbewerb, Marktliberalität, Kommodifizierung).

Brenner und Theodore (2002a: 17-25) haben die maßgeblichen Momente des Rückzugs alter und der darauffolgenden Schaffung neuer Strukturen und Handlungsmuster in einer umfassenden Gegenüberstellung analysiert. Für die Politikfelder mit Raumbezug lassen sich dabei folgende relevante Rückzugsbereiche formulieren: der Rückbau früherer Unterstützungssysteme der übergeordneten staatlichen Ebenen für die lokalen Ebenen, insbesondere eine Auflösung ausgleichender und umverteilender Regionalentwicklungspolitik, sowie eine vermehrte Auflegung fiskalischer Austerität und Sparmaßnahmen für öffentliche Stadtverwaltungen. Auch der generelle Rückzug des Sozialstaates wirke sich massiv auf die räumliche Ebene aus.

Geschaffen werden hingegen Strukturen, die Harveys (1989) Charakteristika der unternehmerischen Stadt (Partnerschaften, Risikoübernahme und Place-Fokus) entsprechen: die Einführung von Politiken und Anreizsystemen, die marktgesteuerte, wettbewerbliche Beziehungen zwischen regionalen und lokalen Staatseinheiten sowie unternehmerische Ansätze zur Generierung von wirtschaftlichem Wachstum und externen Investitionen fördern. Zudem wird durch den Rückzug staatlicher Finanzierung eine zunehmende Angewiesenheit von Städten auf lokale Einnahmequellen, Nutzungsgebühren und andere Instrumente privater Finanzierung forciert, nicht ohne dementsprechend auch Strukturen für neue Einnahmefelder zu fördern. Ebenfalls etabliert sich eine Risikoverteilung zulasten der öffentlichen Hand, indem zur Förderung von privaten Investitionen deren Absicherung durch öffentliche Subventionen erfolgt.

Hinzu kommt die Ausbreitung neuer Netzwerkformen lokaler Governance basierend auf Public-Private-Partnerships, „Quangos“ und privatwirtschaftlichen Managementtechniken in der öffentlichen Verwaltung (z.B. Wettbewerb, Anreize, Output Orientierung („New Public Management“)). Ebenfalls im Bereich der Schaffung neuer Strukturen liegt die Etablierung neuer institutionalisierter Verbindungen, durch die Wirtschaftsinteressen direkt wichtige lokale Entwicklungsstrategien und Entscheidungen beeinflussen können (Brenner/Theodore 2002a: 17-25).

Es erfolgt dementsprechend eine Umverteilung von Aufgaben, Verantwortung und Belastungen auf der Ebene der Stadt. Die früheren, sozialstaatlich ausgleichenden Regulationsmechanismen der öffentlichen Hand geraten dabei in zunehmende Funktionsschwierigkeiten, vor allem weil finanzielle und regulative Handlungsmittel geringer geworden sind (Peck/Theodore/Brenner 2009: 50). Es erfolgt demnach durch das System eine zunehmende Verlagerung von Verantwortung an die lokalen Ebenen, ohne dass dabei entsprechende Ressourcen sichergestellt sind (Peck/Theodore/Brenner 2013: 1097).

Die lokale Ebene stehe somit unter dem zunehmenden Handlungsdruck, auf die vom System hervorgerufenen Probleme, wie eine zunehmende sozialräumliche Ungleichheit, zu reagieren, obwohl sie dazu über geringer werdende Mittel und Einflussmöglichkeiten verfügt (Peck/Theodore/Brenner 2013:1097). Daher gilt die Einbeziehung privater Akteure und die Fokussierung auf Strategien, die die Stadt im Wettbewerb gut positionieren sollen, als schlüssige und unumgängliche Folge und wird vonseiten der Vertreter unternehmerischer Stadtentwicklung proklamiert. Folge ist aber auch eine Einbeziehung nicht öffentlicher Akteure in Kernbereiche der stadtpolitischen Ent-

scheidungen. Dabei besteht die Gefahr einer starken Gewichtung von Wirtschaftsinteressen, da in diesen Pro-Wachstums-Diskursen häufig Wirtschaftswachstum und das Wachstum von Arbeitsplätzen mit dem Wohl der Stadt und der Allgemeinheit als Ganzes gleichgesetzt werden (Doucet 2013; Hiller 2000: 454). Swyngedouw, Moulaert und Rodriguez (2002: 577 f.) sprechen sogar von einer möglichen Privatisierung von Urban Governance. Hierdurch bestehe dementsprechend auch die Gefahr des Ausschlusses anderer Gruppen aus den Entscheidungsprozessen. Ein wachsendes Demokratiedefizit sei zentrales Element dieses strategischen Vorgehens.

Peck, Theodore und Brenner (2013: 1092) sehen als Folge einer zunehmenden Einführung von Marktmechanismen und Marktlogik als zentrale Entscheidungskriterien in der Stadtpolitik in Verbindung mit einem zunehmenden Rückzug des Sozialstaates eine zunehmende Abkopplung von Mechanismen öffentlicher Verantwortung und demokratischer Kontrolle z. B. bei strategischen Flächennutzungsentscheidungen in Public-Private-Partnerships. Ebenso erfolge dadurch eine mögliche Unterordnung sozialer Interessen, öffentlicher Güter und des Gebrauchswertes von Gütern unter den Profit und den Tauschwert, einer sogenannten Kommodifizierung (siehe hierzu auch Holm 2004: 36-37; 53-61).

Die vorherigen Ausführungen zeigen die zentralen Charakteristika einer unternehmerischen Stadtentwicklung und einer Neoliberalisierung von Stadt: Zentrale Umsetzungsmechanismen der unternehmerischen Stadt sind die privat-öffentliche Partnerschaft und damit einhergehend die Einrichtung neuer institutionalisierter Verbindungen in der Urban Governance, die den privatwirtschaftlichen Einfluss auf die Stadtentwicklung stärken. Weitere zentrale Charakteristika sind eine Risikoallokation zulasten der öffentlichen Hand zur Anregung privater Investitionen sowie ein Projektfokus, bei dem den Auswirkungen eines Projektes in der Regel größere positive Wirkungen auf die wirtschaftliche Gesamtsituation der Stadt und Region zugeschrieben werden. Extern beschleunigt wird dieser Prozess durch verstärkte Austeritätsanforderungen und die Etablierung neuer Strukturen und Anreizsysteme, welche die Erschließung privaten Kapitals und anderer Einnahmequellen für die Stadtentwicklung forcieren. In der Konsequenz bedeutet die unternehmerische Stadt eine Anpassung von Stadtentwicklung an Marktlogik und Marktmechanismen, die durch eine zunehmende Kommodifizierung und Einführung von Marktdisziplin, Wettbewerb und Privatisierung erfolgt. Diese Entwicklungen können Demokratiedefizite, eine Ressourcenverschiebung weg von sozialen und ökologischen hin zu ökonomischen Maßnahmen sowie eine dadurch bedingte zunehmende soziale und räumliche Ungleichheit zur Folge haben.

4 Analyse des Instruments Stadtentwicklungsfonds

Auf Grundlage des vorliegenden Materials, der Fallstudienresultate, die innerhalb der ARL-Arbeitsgruppe „Stadtentwicklungsfonds“ und ausgehend vom Forschungsstand angefertigt wurden, sowie der offiziellen Dokumente der EU werden Stadtentwicklungsfonds nun auf diese Charakteristika hin untersucht:

- > Bedeutungsgewinn von Wettbewerb und Marktmechanismen
- > Partnerschaften: Institutionalisierte Verbindungen zwischen privaten und öffentlichen Akteuren in der urbanen Governance
- > Risiko: Öffentliche Spekulation zulasten der öffentlichen Hand
- > Place-Fokus: Projektförderung zur Wirtschaftsförderung der Stadt und Region
- > Beschleuniger von unternehmerischen Stadtentwicklungsstrategien (Austerität und neue Anreizsysteme)

4.1 Bedeutungsgewinne von Wettbewerb und Marktmechanismen

Elemente eines Wettbewerbs finden sich an mehreren Stellen des Fondssystems. Nachdem ein Land einen oder mehrere Holding-Fonds eingerichtet hat, können sich potenzielle Stadtentwicklungsfonds bei diesen Holding-Fonds in einem kompetitiven Verfahren um die Realisierung durch Strukturfondsmittel bewerben. Auch innerhalb des Stadtentwicklungsfonds bewerben sich Projekte um eine Finanzierung mittels Fondskapital. In einem komplexen Verfahren beurteilt das Fondsmanagement die Projekte nach Kriterien der Rentabilität, Professionalität und Übereinstimmung mit den Förderbedingungen und der Investitionsstrategie. Auf dieser Grundlage entscheidet das Gremium, welches Projekt Gelder aus dem Stadtentwicklungsfonds erhält (vgl. Beitrag Andreas in diesem Band). Damit sind einerseits Wettbewerbsmechanismen etabliert worden, indem die Projekte um Förderung gegeneinander „antreten“, andererseits wird der Marktmechanismus Rendite in die Stadtentwicklungspolitik eingeführt.

4.2 Partnerschaften: Neue institutionalisierte Verbindungen zwischen privaten und öffentlichen Akteuren in der Urban Governance

Die privat-öffentliche Partnerschaft steht im Zentrum der Idee der Stadtentwicklungsfonds. Alle im europäischen Kontext aufgezeigten und untersuchten Beispiele haben eine Governance-Struktur implementiert, die verschiedene öffentliche und private Partner auf verschiedenen Ebenen und mit verschiedenen Funktionen integriert (vgl. Beitrag Andreas in diesem Band). Derzeit sind private Akteure hauptsächlich im Rahmen des Fondsmanagements oder als Investoren auf der konkreten Projektebene integriert:

Einbindung privaten Kapitals in die Stadtentwicklung

Stadtentwicklungsfonds sollen die Möglichkeit bieten, verstärkt privates Kapital zur Förderung von Stadtentwicklung zu erschließen (Fernández Martín 2012: 6). Schaut man sich die möglichen Fondskonstruktionen an (vgl. Beitrag Andreas in diesem Band), ist die Einbindung privaten Kapitals theoretisch sowohl auf Projektebene im Rahmen einer konkreten privat-öffentlichen Partnerschaft als auch als Investition von

privatem Kapital in den Stadtentwicklungsfonds selber möglich (CSI Europe 2012: 5). Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass die Einbindung privaten Kapitals in den Fonds selber entgegen der ursprünglichen Erwartungen und Hoffnungen aufgrund unterschiedlicher Renditeerwartungen nicht praktikabel ist (vgl. Beitrag Beyer in diesem Band: 7; vgl. Beitrag Andreas in diesem Band).

Fondsmanagement als zentraler Partner

In der Governance-Struktur der Fonds spielt die Privatwirtschaft daher „nur“ in Form des Fondsmanagements eine zentrale Rolle in diesem Partnerschaftsmodell. Diese Zusammenarbeit wirkt sich jedoch umfassend auf die Investitionen des Stadtentwicklungsfonds aus. Je nach Ausgestaltung der Zusammenarbeit obliegt dem Fondsmanager mitunter sogar die alleinige Auswahl der Investitionsprojekte entsprechend der zuvor von der öffentlichen Hand erarbeiteten Investitionsstrategie (vgl. Beitrag Beyer in diesem Band; vgl. Beitrag Andreas in diesem Band).

Forcierung von regionaler Kooperation durch EFRE-Strukturen

Daneben hat eine Erweiterung der Urban-Governance-Beziehungen im öffentlichen Bereich stattgefunden. Durch die EFRE-Strukturen der EU wird die regionale Ebene verstärkt in die Bereiche der Stadtentwicklung eingebunden und im besten Fall werden regionale Kooperation zwischen den beteiligten Städten untereinander und mit den regionalen EFRE-Verwaltungsbehörden gestärkt (vgl. Beitrag Andreas in diesem Band; Dąbrowski 2014: 2008). Durch die Zusammenarbeit im „Board“ des Fonds und bei der Erarbeitung der Investitionsstrategie wird diese Zusammenarbeit formalisiert und institutionalisiert.

Einbindung der EIB in die Fondsstrukturen und Entscheidungsgremien

Ebenso erhält die Europäische Investitionsbank eine wichtige Rolle in den Governance-Strukturen der Stadtentwicklungsfonds und Holding-Fonds. Sie kann das Management der Holding-Fonds übernehmen und bietet den beteiligten Akteuren als Berater Unterstützung bei der Implementierung der Fonds. Die Analysen des CSI-Netzwerks (vgl. Beitrag Andreas in diesem Band) zeigen, dass rund 95 % aller bestehenden Holding-Fonds von der EIB gemanagt werden. Damit hat diese Institution einen zentralen Einfluss auf die gesamte Stadtentwicklungsfondslandschaft. Als Geld- und Know-how-Geber kommt ihr dabei eine zentrale Rolle zu, die bei einem Akteur, der dabei als öffentliches Geldinstitut schwierig zwischen öffentlich und privat zu verorten ist, schwer einzuordnen ist. Ziel der EIB ist allerdings die Umsetzung der EU-Politiken (EIB o. J.b), was der EU dementsprechend über die EIB einen Einfluss in den Governance-Strukturen der Stadtentwicklungspolitik gibt.

Wissenstransfer durch neue Netzwerke zwischen Wirtschaft und Stadtentwicklung

Des Weiteren beabsichtigt die EU mit Einführung der Fonds einen Austausch wirtschaftlicher und stadtentwicklungsrelevanter Expertise zwischen Akteuren wie der EIB, den jeweiligen regionalen Förderbanken oder der Finanzbranche mit den Akteuren der Stadtentwicklung auf Landes-, regionaler und kommunaler Ebene. So soll ein Wissenstransfer zugunsten einer effizienten, nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung forciert werden (CSI Europe 2012: 5; Fernández Martín 2012: 6; EIB o. J.a).

Die von Dąbrowski (2014) interviewten Akteure der Stadt- und Regionalverwaltung betonen, dass die Umsetzung von JESSCIA ohne die konkreten Vorgaben und Hilfestellungen der EIB noch schwieriger gewesen wäre. Sie sind sich allerdings bewusst darüber, dass dadurch ein neuer, wichtiger Akteur ins Boot der lokalen Governance geholt wurde. Zudem werden mit der Privatwirtschaft und dem Finanzsektor Akteure mit der Umsetzung von Stadt- und Regionalentwicklung betraut, deren Handlungslogiken und Praktiken sich sehr deutlich von denen öffentlicher Verwaltungen unterscheiden: „Outsourcing the implementation of a program to an external actor that operates in a completely different way requires a lot of adjustment und learning” (Dąbrowski 2014: 2011).

Die lokalen Ebenen haben sich durch JESSCIA in eine neue Kooperationsform begeben, in der man sich gemeinsam auf Prioritäten und Umsetzungsmechanismen einigen musste:

“Thus, by collaborating with the private investors, the local governments were exposed to an approach privileging sustainability und viability of investment, which they tended to neglect in their investment policy to date. Likewise, the private actors involved participated for the first time in investment that aimed not just at generating profits but also at achieving social und developmental goals, for which they needed to draw on the expertise of the city officials” (Dąbrowski 2014: 2013-2014).

Es mussten demnach auf beiden Seiten Lernprozesse stattfinden: die öffentliche Hand musste privatwirtschaftliche Interessen stärker berücksichtigen, während die Privaten sich auch mit sozialen und ökologischen Anforderungen und mit den längeren und bürokratischeren Verfahren der öffentlichen Hand auseinandersetzen mussten. Dies führte in der Praxis zu zahlreichen Schwierigkeiten, Spannungen und Missverständnissen (Dąbrowski 2014: 2015).

Einflussmöglichkeiten und Hebelwirkungen für die öffentliche Hand

Letztlich besteht ein weiteres Ziel der Initiative darin, dass die öffentliche Hand verstärkt Partnerschaften mit dem privaten Sektor eingeht, um dadurch weitere Stadtentwicklungsprojekte anstoßen zu können (Fernández Martín 2012: 6). Dabei soll sie bei guter Nutzung ihrer Verhandlungsspielräume durch die Bereitstellung von Kapital als Kredit oder als Direktinvestition Einflussmöglichkeiten auf die Ausgestaltung der Projekte erhalten, indem sie Ziele ihrer Stadtentwicklungsstrategie als Förderbedingungen festsetzt (CSI Europe 2012: 5; Lee 2016: 2).

4.3 Risiko: Öffentliche Spekulation zulasten der öffentlichen Hand

Stadtentwicklungsfonds bieten die Möglichkeit, Projekte durch Kredite, aber auch durch Eigenkapitalbeteiligungen oder Bürgschaften zu unterstützen. Dies soll dazu beitragen, Markthindernisse für stadtentwicklungspolitisch wichtige Projekte zu senken. Insbesondere in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigte sich die Kreditvergabe für Projekte mit geringeren Renditemargen oder unsicheren Erfolgsaussichten als äußerst schwierig (Lee 2016: 2).

So schreibt die Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Jahr 2008 über den Bereich Wirtschaft in der Kohäsionspolitik: „Die zunehmende Kreditverknappung wurde zwar von der Krise des Bankensektors ausgelöst, wird jedoch durch die gesunkene Risikobereitschaft der Kreditinstitute noch verschärft. Eine geringere Nachfrage veranlasst die Unternehmen, ihre Tätigkeit einzuschränken und weniger zu investieren, insbesondere in Innovationen, die weitgehend auf langfristigen ‚immateriellen‘ Investitionen basieren“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2008:5). Die Mitgliedstaaten sind daher von der EU aufgefordert, auch verstärkt JESSICA zu nutzen, um Investitionen in Energieeffizienz, Infrastruktur und Sanierung im städtischen Kontext zu fördern (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2008:9).

Im Kern des Instruments steht also der Gedanke, Projekte, die für die Privatwirtschaft nicht attraktiv genug sind, durch finanzielle Anreize des Stadtentwicklungsfonds rentabel zu machen. Dies geschieht zum einen durch die Bereitstellung vergünstigten Kapitals, das zu Zinsen unterhalb des Marktniveaus vergeben wird. Zum anderen können aber auch Bürgschaften und Eigenkapitalbeteiligungen vergeben werden, die eine direkte Übernahme von Ausfallrisiken auf den Fonds (und damit letzten Endes die öffentliche Hand) bedeuten. Eigenkapitalbeteiligungen haben im Falle einer Insolvenz des Projektträgers erst Anspruch auf Rückzahlung, wenn alle anderen regulären Kapitalgeber, wie Kreditgeber, ihre Ansprüche erhalten haben. Das Ausfallrisiko ist also gegenüber Krediten erhöht (Riebeling 2009: 15). Bei Bürgschaften bürgt der Fonds für eine gewisse Summe an Kreditmitteln, die im Falle der Insolvenz des Projektträgers durch den Fonds beglichen werden müssten. Während der Fonds also seinen Anteil am möglichen Gewinn der rentierlichen Projekte durch die geringe Zinshöhe sehr niedrig hält, trägt er ein deutlich erhöhtes Risiko gegenüber „regulären“ Geldgebern auf dem Kapitalmarkt.

Hierzu muss einschränkend gesagt werden, dass der „Verlust“ der öffentlichen Mittel bei der Zuschussförderung immer der Fall ist. Im Vergleich zur Zuschussförderung soll durch die Fondsstruktur für eine bessere Balance zwischen Risiko und Ertrag zwischen dem öffentlichen Fördermittelgeber und dem i. d. R. privaten Projektentwickler und Fördermittelnehmer gesorgt werden. Das Ausfallrisiko liegt zwar immer noch bei der öffentlichen Hand, im Gegensatz zur Zuschussförderung ist diese allerdings im Erfolgsfall auch an den Gewinnen beteiligt (CSI Europe 2012: 5; Fernández Martín 2012: 6; Lee 2016: 2).

Ein entscheidender Punkt hierbei liegt in der Legitimation öffentlicher Investitionen. Die Auswahlkriterien der zu fördernden Projekte sind dabei von entscheidender Bedeutung. Was ist der Mehrwert für die Stadtentwicklung, der die öffentliche Investition rechtfertigt? Inwiefern wurde mit dem Projekt auf einen Gewinn spekuliert und wer profitiert in welcher Art von einem Gelingen? Kann ein konkreter Gewinn für die Stadtentwicklung von dem Projekt erwartet werden oder handelt es sich bei dem erwarteten Mehrwert vielmehr entsprechend dem Place-Fokus unternehmerisch charakterisierter Stadtentwicklungsprojekte um ein allgemeines Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen? Inwiefern tritt dieser Effekt bei den Projekten wirklich ein und wem kommt dies zugute?

Ein Immobilieninvestor der Firma Allied London aus Manchester drückt die Funktion des Fonds für sein Projekt wie folgt aus: „(Fund finance) has enabled us to bring forward our vision for the Cotton Building in a market where development funding for speculative schemes is still challenging to secure“ (Allied London in AGMA/GMCA 2014). In Manchester ist die Entstehung von Arbeitsplätzen z. B. explizit definiert als ein für die Fondsförderung erforderlicher Mehrwert (AGMA/GMCA 2014).

4.4 Place-Fokus: Projektförderung zur Wirtschaftsförderung der Stadt und Region

Das Charakteristikum des Place-Fokus ist in seiner Ausprägung sehr abhängig von der tatsächlichen Projektumsetzung der durch Stadtentwicklungsfonds finanzierten Projekte. Daher ist eine abschließende Einschätzung zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der geringen Fallzahl abgeschlossener Projekte schwierig.

Das bereits oben angeführte Beispiel eines Projektes aus Manchester zeigt allerdings, dass zentrale Elemente des Place-Fokus durchaus gegeben sein können. Aufgrund der Vorreiterrolle Manchesters in der Umsetzung der JESSICA-Stadtentwicklungsfonds (vgl. Beitrag Andreas in diesem Band) werden Place-Fokus-Elemente am Beispiel Manchester aufgeführt. Die Investitionsstrategie in Manchester macht sehr deutlich, dass der Mehrwert der geförderten Projekte in der Stärkung der regionalen Wirtschaft liegt, durch die es zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Entstehung von Arbeitsplätzen und auch zur „Regeneration und Nachhaltigkeit“ kommen soll (AGMA/GMCA 2014: 9). In einer Studie des Manchester City Councils, die die Fondsmöglichkeiten in Bezug zur lokalen Entwicklungsstrategie Manchesters setzt, heißt es dazu:

„The JESSICA Fund has the potential to have a significant impact on performance of the regional und sub-regional economy through establishing an ever-green fund that can invest und reinvest in projects that will develop employment sites, infrastructure developments und carbon reduction projects. This will create jobs, increase GVA und provide the conditions required for sustained economic growth“ (Manchester City Council 2011: 2).

Dabei wird die Zahl der erwarteten Arbeitsplätze, die den Einwohnern neue Möglichkeiten zur Qualifizierung und Teilhabe sichern sollen, auf rund 3.000 geschätzt. Auch zum Thema Stadterneuerung heißt es:

„The establishment of a JESSICA fund will allow on-going investments in regeneration related projects that will create employment und investment opportunities making the City und the sub-region more attractive to investors und creating additional employment opportunities thereby contributing to creating und developing neighbourhoods of choice“ (Manchester City Council 2011: 2).

Auch konkret umgesetzte Beispiele zeigen diese Zielsetzungen und Erwartungen: Das Beispiel der Sanierung einer ehemaligen Fabrik in Salford bei Manchester erfährt z. B. vonseiten der Fondsverantwortlichen die Zuschreibung von signifikanten wirtschaft-

lichen Vorteilen und einer Katalysatorenfunktion für die Erneuerung des umliegenden Stadtteils:

„The former Colgate Palmolive factory is a significant landmark building in Salford and the proposal to bring the building into active use (...) will produce significant economic and environmental benefits. (...) The delivery of the Soapworks project will act as a catalyst to the wider regeneration of the Ordsall Waterfront und Ordsall Neighbourhood” (NWEF o. J.a).

Auch der Förderung eines biomedizinischen Forschungszentrums „City Labs“ wird von hoher stadtpolitischer Stelle eine hohe Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zugesprochen:

“City Labs is another example of an innovative use of public funding to support private enterprise in these challenging times and deliver jobs and growth in the area. The Evergreen Fund is investing in priority schemes which unlock opportunities and stimulate the success of the region and Citylabs will make an important contribution towards this goal. Biomedical research is an exciting growth area which has the potential to make a very important contribution to Manchester’s economy” Sir Richard Leese, Leader of Manchester City Council (NWEF o. J.b).

Es ist also zumindest für den Evergreen Funds in der Region Manchester deutlich abzulesen, dass die erwartete Wirkung der Förderungen deutlich über die lokale Ebene und die kleinräumigen Wirkungen des jeweiligen Projektes hinausgeht und positive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung der Region erwartet werden.

4.5 Beschleuniger von unternehmerischen Stadtentwicklungsstrategien

Austeritätspolitik und die Einschränkung von öffentlichen Subventionen

Die Umsetzungsintensität des Instruments Stadtentwicklungsfonds in den Mitgliedstaaten zeigt, dass insbesondere Länder, die ein schwach ausgebautes öffentliches Fördersystem für Stadtentwicklung haben, das Instrument zur Förderung von Stadtentwicklungsprojekten einsetzen (vgl. Beitrag Andreas in diesem Band). Während Fonds in Deutschland kaum Anwendung finden, u. a. vermutlich, weil Stadtentwicklungsvorhaben auf eine breite Förderlandschaft zum Beispiel im Rahmen der Städtebauförderung zurückgreifen können, ist die Fonds-Finanzierung in anderen Ländern mit mehr Dynamik angelaufen. Insbesondere in Ländern, die von der Finanz- und Schuldenkrise stark betroffen waren und anschließend verstärkte Austeritätspolitiken umsetzten, boten die Fonds eine von wenigen Fördermöglichkeiten für Stadtentwicklungsprojekte.

Das Beispiel Den Haag aus Beyers Analyse (vgl. Beitrag Beyer in diesem Band) zeigt, dass ein Anwendungsgebiet für Stadtentwicklungsfonds erst entstand, als die öffentliche Förderpolitik durch die Wirtschafts- und Finanzkrise unterfinanziert an ihre Grenzen geriet. Stadtentwicklungsfonds bieten also dann eine Möglichkeit zur Förderung von Stadtentwicklung, wenn die reguläre öffentliche Förderung fehlt.

Auf die Zukunft gerichtet weist die schrittweise Rücknahme von Zuschussförderungen und der Ausbau von Finanzinstrumenten in der EU-Strukturförderung zudem auf eine mögliche Reduzierung von Fördermitteln hin. Der revolvierende Charakter der Fonds soll für eine Langfristigkeit in der Förderung von Stadtentwicklung sorgen, da der Fonds immer wieder mit den Rückflüssen und Erträgen erfolgreich umgesetzter Projekte gespeist werden kann. So stünden kontinuierlich Mittel zur Verfügung, ohne dass zusätzliche Gelder bereitgestellt werden müssen. Im Fall einer erfolgreichen Etablierung des Instruments ergäben sich dementsprechend große Einsparmöglichkeiten in der Strukturförderung der EU.

Neue Anreizsysteme zur Nutzung externer Investitionen

Die Stadtentwicklung wurde von der EU in ihrer Bedeutung und finanziellen Förderausstattung deutlich gestärkt. Die Förderung integrierter Stadtentwicklung ist seit einigen Jahren erklärtes Ziel der EU. Die EU selbst schätzt, dass 2014–2020 mehr als die Hälfte aller EFRE-Mittel in städtischen Räumen investiert wird. Zusätzlich ist es seit 2014 eine Bedingung des EFRE-Strukturfonds, mindestens 5 % der jeweiligen EFRE-Fördersummen für nachhaltige Stadtentwicklung zu investieren (CSI Europe 2012: 5; Europäische Kommission 2014a; o. J.b; EU Stadtentwicklungsrat 2007; Scholze 2013: 33). Städte haben also große finanzielle Anreize erhalten, sich mit den neuen (Financial Engineering) Instrumenten auseinanderzusetzen und sie im Sinne der EU einzuführen. Auch die umfangreiche Unterstützung der EIB bei Fragen der Implementation kann ein Anreiz zur Einführung von Fonds sein.

5 Schlussfolgerungen: Stadtentwicklungsfonds als Instrument der unternehmerischen Stadt

Die Stadtentwicklungsfonds der JESSICA-Initiative sollen im Sinne der EU eine nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung fördern. Dabei geht es der EU nicht ausschließlich um eine Erhöhung finanzieller Ressourcen für das Themenfeld Stadtentwicklung, sondern explizit um eine Erhöhung der Wirksamkeit der herkömmlichen Förderungen im Bereich Stadtentwicklung und die Mobilisierung von privatem Kapital. Die genauere Betrachtung der Ziele der EU macht allerdings deutlich, dass die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung zu einem wesentlich bedeutsameren Kriterium bei Entscheidungen der Kommunen werden soll, als dies bislang in der Zuschussförderung der Fall ist.

Die Verbindung der Forschungen der unternehmerischen Stadt und einer Neoliberalisierung von Stadtentwicklung mit den konkreten Charakteristika von Stadtentwicklungsfonds hat aufgezeigt, dass zentrale Elemente eines unternehmerischen Stadtentwicklungsinstruments gegeben sind. Durch die weitere Einführung von Wettbewerbs- und Marktmechanismen in die öffentliche Förderung von Stadtentwicklung erfolgt eine fortschreitende Kommodifizierung von Stadtentwicklung. Die Entscheidungshoheit über öffentliche Mittel wird je nach Governance-Struktur des Fonds auf Private übertragen. Damit ließe sich argumentieren, dass öffentliche Gelder und öffentliche Einflüsse zu einem gewissen Teil privatisiert werden. Mit der Stärkung und Institutionalisierung von öffentlich-privaten Partnerschaften, der Einführung von

Rendite als Zielsetzung öffentlicher Förderungen und der Übernahme nicht trivialer finanzieller Risiken durch die öffentliche Hand werden zentrale Elemente einer neo-liberalisierten Stadtpolitik durch die JESSICA-Stadtentwicklungsfonds implementiert. Die Ausgangsthese des Beitrags muss dementsprechend bestätigt werden: Durch die Anwendung von Stadtentwicklungsfonds werden Elemente und Mechanismen neo-liberaler Stadtpolitik implementiert.

Inwiefern diese neuen Mechanismen zu der gewünschten Wirkung der Effizienzsteigerung, der Ressourcenerhöhung durch privates Kapital und zur Förderung einer „nachhaltigen“ Stadtentwicklung führen, bleibt auf Basis der bisherigen Projektumsetzung und des vorliegenden Forschungsstandes zurzeit sehr fraglich. Dąbrowski (2014: 2011 f.) kommt z. B. für seine Fallbeispiele zu dem Schluss, dass die Nutzbarmachung der erhofften Vorteile der privat-öffentlichen Partnerschaften in der Realität nicht ausreichend gelungen ist. Auch die Einbindung privaten Kapitals konnte bisher in keinem Fonds realisiert werden (s. o.).

In Bezug auf die Risikoübernahme der Stadtentwicklungsfonds als Projektförderung stellt sich die Frage, ob diese Art öffentlicher Spekulation dort, wo der Bankensektor diese Investition aus Gründen der Sicherheit nicht tätigen möchte, öffentliche Aufgabe sein soll oder nicht.

Es gilt daher in Zukunft genauer zu prüfen, welche Entscheidungskriterien in konkreten Projekten und Investitionsstrategien angelegt werden und welche Rolle der ökonomische Wert eines Projekts gegenüber dem sozialen und ökologischen Nutzen eines Projekts einnimmt. Es besteht die Gefahr, dass die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung so einen umfassenden Bedeutungsüberschuss gegenüber den anderen Dimensionen erhält, wenn sie vonseiten der öffentlichen Hand als Entscheidungskriterium derart gestärkt wird. Ebenso muss im Sinne einer nachhaltigen, integrierten Stadtentwicklung fortwährend überprüft werden, ob und inwiefern die Ziele des wirtschaftlichen Wachstums auch tatsächlich bei den Menschen vor Ort und in den Quartieren ankommen. Auch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft kann im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung nicht dauerhaft ausgeblendet werden.

Literatur

- Allen, C.; Gasiorek, M.; Smith, A. (1998): The competition effects of the Single Market in Europe. In: *Economic Policy* 13 (27), 440-487.
- AGMA – Association of Greater Manchester Authorities; GMCA – Greater Manchester Combined Authorities (2014): *Greater Manchester Investment Strategy with Focus on North West Evergreen Fund*.
<https://de.slideshare.net/PlaceNorthWest/greater-manchester-investment-strategy-with-focus-on-north-west-evergreen-fund> (12.05.2017).
- Beyer, C. (2015): *Stadtentwicklungsfonds im europäischen Vergleich. Analyse eines neuen Instruments der Stadtentwicklung*. Masterarbeit, Geographisches Institut, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Bonn.
- Brenner, N.; Theodore, N. (Hrsg.) (2002): *Spaces of neoliberalism. Urban restructuring in North America and Western Europe*. Malden.

- Brenner, N.; Theodore, N.** (2002a): Cities and the Geographies of “Actually Existing Neoliberalism”. In: Brenner, N.; Theodore, N. (Hrsg.): Spaces of neoliberalism. Urban restructuring in North America and Western Europe. Malden, 2-32.
- Brömer, C.; Meilwes, M.** (2014): Neue Finanzierungsinstrumente im Rahmen der europäischen Strukturförderung – regionale Korridore und Ausblicke. In: Beck, R.; Heinze, R.; Schmid, J. (Hrsg.): Zukunft der Wirtschaftsförderung. Baden-Baden, 539-552.
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** (Hrsg.) (2009): Stadtentwicklungsfonds in Europa. Ideen zur Umsetzung der JESSICA-Initiative. BBSR-Online-Publikation Nr. 02/2009.
<https://d-nb.info/992788145/34> (20.06.2017).
- CSI Europe – City Sustainable Investment** (2012): Baseline Study.
http://urbact.eu/fileadmin/Projects/CSI_Europe/outputs_media/URBACT_CSI_A4_booklet_WEB.pdf (12.01.2015).
- CSI Europe – City Sustainable Investment** (2015): Final Report.
http://urbact.eu/sites/default/files/csi_europe_final_report_april_2015.pdf (28.11.2016).
- Dąbrowski, M.** (2014): Engineering Multilevel Governance? Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas (JESSICA) and the Involvement of Private and Financial Actors in Urban Development Policy. In: Regional Studies 48 (12), 2006-2019.
- Dąbrowski, M.** (2015): ‘Doing more with less’ or ‘doing less with less’? Assessing EU cohesion policy’s financial instruments for urban development. In: Regional Studies, Regional Science 2 (1), 73–96.
- Dolowitz, D.; Marsh, D.** (2000): Learning from Abroad. The Role of Policy Transfer in Contemporary Policy-Making. In: Governance 13 (1), 5–23.
- Doucet, B.** (2013): Variations of the Entrepreneurial City. Goals, roles and visions in Rotterdam’s Kop van Zuid and the Glasgow Harbour Megaprojects. In: International Journal of Urban and Regional Research 37 (6), 2035-2051.
- Einig, K.; Grabher K.** (2005): Urban Governance. Informationen zur Raumentwicklung (9/10), I-IX.
- EIB – Europäische Investitionsbank** (2008): JESSICA – Eine neue Art, EU-Mittel zur Förderung von nachhaltigen Investitionen und Wachstum in städtischen Gebieten einzusetzen.
http://www.eib.org/attachments/thematic/jessica_2008_de.pdf (30.01.2017).
- EIB – Europäische Investitionsbank** (2012): JESSICA for Smart and Sustainable Cities. Horizontal Study.
http://www.eib.org/attachments/documents/jessica_horizontal_study_smart_and_sustainable_cities_en.pdf (15.01.2017).
- EIB – Europäische Investitionsbank** (o. J.a): Unterstützung der Stadtentwicklung (JESSICA).
<http://www.eib.org/products/blending/jessica/index.htm> (30.01.2017).
- EIB – Europäische Investitionsbank** (o. J.b): Die EIB – ein Mitglied der großen EU-Familie.
<http://www.eib.org/de/about/eu-family/?lang=de> (30.01.2017).
- Europäische Kommission** (2014a): Kohäsionspolitik 2014–2020.
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/informat/2014/urban_de.pdf (04.03.2017).
- Europäische Kommission** (2014b): Binnenmarkt – Raus aus der Krise – so kommen Bürger und Unternehmen wieder auf Wohlstandskurs.
<https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/c2e45768-6c49-40ba-896e-af4130e26642/language-en> (04.07.2017).
- Europäische Kommission** (o. J.a): JESSICA (Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas).
http://ec.europa.eu/regional_policy/de/funding/special-support-instruments/jessica/ (30.01.2017).
- Europäische Kommission** (o. J.b): Urban Development.
http://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/themes/urban-development/ (30.01.2017).
- EU-Stadtentwicklungsrat – Die Ministerinnen und Minister zur Stadtentwicklung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union** (Hrsg.) (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007.
http://www.dnk.de/_uploads/media/709_leipzig_charta_zur_nachhaltigen_europaeischen_stadt.pdf (07.11.2016).
- Fernández Martin, J.** (2012): Financial engineering under the Structural Funds and urban regeneration: The Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas (JESSICA) Initiative. Europäische Investitionsbank.
<http://bteaminitiative.eu/wp-content/uploads/2012/11/3.pdf> (30.01.2017).

- Frank, S. (2008): Stadtentwicklung durch die EU. Europäische Stadtpolitik und URBAN-Ansatz im Spannungsfeld von Lissabon-Strategie und Leipzig Charta. In: *Raumforschung und Raumordnung* 66 (2), 107-117.
- Giese, E.; Mossig, I.; Schröder, H. (2011): *Globalisierung der Wirtschaft. Eine wirtschaftsgeographische Einführung*. Grundriss allgemeine Geographie. Paderborn.
- González, S. (2010): Bilbao and Barcelona 'in Motion'. How Urban Regeneration 'Models' Travel and Mutate in the Global Flows of Policy Tourism. In: *Urban Studies* 48 (7), 1397-1418.
- Harvey, D. (1989): From managerialism to entrepreneurialism: the transformation in urban governance in late capitalism. In: *Geografiska Annaler. Series B. Human Geography*, 3-17.
- Heeg, S. (2008): Von Stadtplanung und Immobilienwirtschaft. Die „South Boston Waterfront“ als Beispiel für eine neue Strategie städtischer Baupolitik. Bielefeld.
- Hiller, H. (2000): Mega-events, Urban Boosterism and Growth Strategies: An Analysis of the Objectives and Legitimations of the Cape Town 2004 Olympic Bid. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 24 (2), 439-458.
- Holm, A. (2004): *Sozialwissenschaftliche Theorien zu Raum und Fläche*. UFZ Berichte. Leipzig.
- Jakubowski, P. (2007): Urban Governance: Stimmt die Balance zwischen Legitimation und Effizienz? In: *Städte im Umbruch – Das Online Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtumbau & Regenerierung* (4), 22-28.
- Jakubowski, P. (2007a): *Stadtentwicklungsfonds*. Diskussionsbeitrag. Bonn.
- Jakubowski, P. (2007b): *Stadtentwicklungsfonds im Sinne der JESSICA-Initiative – Idee und Organisation*. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (9), 579-589.
- Koch, F. (2011): Stadtplanung, Governance und Informalität: Vorschlag einer Typologie. In: Frey, O.; Koch, F. (Hg.): *Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel*. Wiesbaden, 191-207.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (2008): *Kohäsionspolitik: In die Realwirtschaft investieren*. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Brüssel (KOM(2008) 876).
- Kreuz, C.; Nadler, M. (2010): *JESSICA – UDF Typologies and Governance Structures in the context of JESSICA implementation*. Brüssel.
http://www.eib.org/attachments/documents/jessica_horizontal_evaluation_study_udf_en.pdf
 (12.05.2017).
- Lauermann, J. (2016): *Municipal statecraft: Revisiting the geographies of the entrepreneurial city*. In: *Progress in Human Geography* 42 (2), 205-224.
- Lee, F. (2016): *What next after JESSICA? The urban dimension of financial instruments in 2014–2020*. European Investment Bank.
<http://urban-intergroup.eu/wp-content/uploads/2016/04/EP-Seminar-F-Lee-EIB-April-2016-UPDATED-FINAL-.pdf>
 (02.12.2016).
- MacLeod, G. (2002): *From Urban Entrepreneurialism to a "Revanchist City"? On the Spatial Injustices of Glasgow's Renaissance*. In: Brenner, N.; Theodore, N. (Hrsg.): *Spaces of neoliberalism. Urban restructuring in North America and Western Europe*. Malden, 254-276.
- Manchester City Council (2011): *The North West Evergreen Fund*. Report for Resolution. Report To: Executive – 19.01.2011.
http://www.manchester.gov.uk/download/meetings/id/11068/item_1_-_urgent_business_-_the_north_west_evergreen_fund
 (04.07.2017).
- Michie, R.; Wishlade, F. (2011): *Between Scylla and Charybdis: Navigating Financial Engineering Instruments through Structural Funds and State Aid Requirements*. IQ-Net Thematic Paper No. 29 (2).
[http://www.eprc.strath.ac.uk/iqnet/downloads/IQ-Net_Reports\(Public\)/ThematicPaper29\(2\)Final.pdf](http://www.eprc.strath.ac.uk/iqnet/downloads/IQ-Net_Reports(Public)/ThematicPaper29(2)Final.pdf)
 (09.02.2017).
- Nadler, M. (2010): *Nachhaltigkeit in der Fördermittelvergabe: erste Stadtentwicklungsfonds in Deutschland*. In: *Die Wohnungswirtschaft* (11), 24–26.
- NWEF–North West Evergreen Funds (o. J.a): *Soapworks Salford*.
<http://www.northwestevergreenfund.co.uk/project/soapworks-salford/>
 (09.02.2017).
- NWEF–North West Evergreen Funds (o. J.b): *City Labs Manchester*.
<http://www.northwestevergreenfund.co.uk/project/citylabs-manchester/>
 (09.02.2017).
- Peck, J.; Theodore, N.; Brenner, N. (2009): *Neoliberal Urbanism: Models, Moments, Mutations*. In: *SAIS Review of International Affairs* 29 (1), 49–66.
- Peck, J.; Theodore, N.; Brenner, N. (2013): *Neoliberal Urbanism Redux?* In: *International Journal of Urban and Regional Research* 37 (3), 1091-1099.

- Peck, J.; Tickell, A. (2002): Neoliberalizing Space. In: Brenner, N.; Theodore, N. (Hrsg.): Spaces of neoliberalism. Urban restructuring in North America and Western Europe. Malden, 33-57.
- Riebeling, K. (2009): Eigenkapitalbeteiligungen an projektfinanzierten PPP-Projekten im deutschen Hochbau: Perspektive von Finanzintermediären. Wiesbaden.
- Scharmanski, A.; Korinke, E. (2010): Globale Immobilienwirtschaft, internationale Immobilienmärkte – ein einführender Überblick. In: Informationen zur Raumentwicklung (5/6), 325-339.
- Schnur, O.; Drilling, M. (2009): Governance – ein neues Zauberwort auch für die Quartiersentwicklung? In: Matthias Drilling und Olaf Schnur (Hrsg.): Governance der Quartiersentwicklung. Wiesbaden, 11-26.
- Scholze, J. (2013): EU-Strukturfondsperiode 2014–2020: Wie unterstützen EFRE und ESF künftige Stadtentwicklungsprojekte? Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.
http://www.nachhaltige-stadtentwicklung-sachsen.de/dokumente/1_Scholze-EFRE-ESF_2014-2020_Stadtentwicklung.pdf (30.01.2017).
- Selle, K. (1997): Kooperationen im intermediären Bereich? Planung zwischen Kommodifizierung und zivilgesellschaftlicher Transformation. In: Schmals, K. M.; Heinelt, H. (Hrsg.): Zivile Gesellschaft. Entwicklung, Defizite und Potentiale. Opladen, 29-57.
- Silomon-Pflug, F.; Stein, C.; Heeg, S.; Pütz, R. (2013): Urban Policy Mobility Studies and the Entrepreneurial City: Contextualizing BID and PPP as Globalized Policy Models in Frankfurt, Main. In: Geographische Zeitschrift 101 (3-4), 201-217.
- Stone, C. (1989): Regime politics_ Governing Atlanta, 1946–1988. Kansas.
- Swyngedouw, E.; Moulaert, F.; Rodriguez, A. (2002): Neoliberal Urbanization in Europe: Large-Scale Urban Development Projects and the New Urban Policy. In: Antipode 34 (3), 542-577.
- Weber, R. (2002): Extracting Value from the City. Neoliberalism and Urban Redevelopment. In: Brenner, N.; Theodore, N. (Hrsg.): Spaces of neoliberalism. Urban restructuring in North America and Western Europe. Malden, 172-193.
- Wood, A. (1998): Making sense of urban entrepreneurialism. In: Scottish Geographical Magazine 114 (2), 120-123.

Autorin

*Verena Andreas (*1986) ist seit 2017 Mitarbeiterin der Abteilung Stadtplanung und Projektsteuerung in Fördergebieten der Stadt Delmenhorst. Ihren Abschluss machte sie 2012 an der Fakultät für Raumplanung der Technischen Universität Dortmund. In Dortmund arbeitete sie anschließend als Projektmanagerin in einem Beratungsbüro für Stadtentwicklung und -planung an der Schnittstelle zwischen Forschung und Praxis. Von 2013 bis 2017 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bremen tätig und engagierte sich in Lehre und Forschung am Institut für Geographie und am Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw). Im Rahmen dieser Tätigkeit sind die hier veröffentlichten Texte entstanden. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Stadtentwicklung, Planung und Stadterneuerung. Insbesondere Planungs- und Adaptionsstrategien von Transformationsprozessen alter Industriestädte wie z.B. Bremen, dem Ruhrgebiet und Manchester sind zentrale Themen ihres Forschungsinteresses. Zunehmend vertiefte sie sich dabei in den Forschungsbereich der unternehmerischen Stadtentwicklung.*